

Erdrutschsieg für Modi 2.0

Unerfüllte Erwartungen an die Balance

Thomas Stauber

Der indische Premier Modi wurde für weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigt. Sein Wahlsieg fiel überraschend deutlich aus. Damit kann sich die BJP in ihrer Strategie bestätigt sehen, in der Modi vehement als Performer sowie chauvinistischer Macher auftreten kann. Das Ergebnis der Wahlen zur 17. Lok Sabha ist zudem als Absage an eine Oppositionspolitik zu werten, die sich dem Populismus „Modi 2.0“ anbieterte und einer weichgespülten Version der Hindutva-Politik das Wort redete.

Am 23. Mai, dem Tag der Stimmenauszählung, hatte sich bereits nach wenigen Stunden abgezeichnet, dass die BJP im Vergleich zu den Wahlen 2014 noch mehr Sitze im indischen Unterhaus, der *Lok Sabha*, gewinnen würde. Um die Regierung zu stellen, muss eine Partei oder Koalition im indischen Parlament mindestens 272 der insgesamt 543 Sitze erkämpfen. Nun verfügt die *National Democratic Alliance* (NDA) – mit der BJP an der Spitze – über 353 Sitze. Sie allein kommt auf 303 Sitze. Die oppositionelle Kongresspartei hingegen hat – mit ihren Koalitionspartnern in der *United Progressive Alliance* (UPA) – lediglich 91 Sitze erringen können, die Kongresspartei verfügt über gerade einmal 52 Sitze. Vor den Wahlen hatten viele Beobachter/-innen mit einer nicht zustande kommenden Mehrheit (einem so genannten *hung parliament*) gerechnet und waren von einer schwierigen Koalitionsbildung ausgegangen. Mit einem so eindeutigen Wahlsieg für die BJP hatte kaum jemand gerechnet.

Die Beteiligung an den Wahlen zur Lok Sabha lag nach offiziellen Angaben der Wahlkommission bei 67 Prozent, das entspricht in absoluten Zahlen insgesamt 600 Millionen Wähler(inne)n (davon etwa 84 Millionen Erstwähler/-innen). Das ist die höchste Wahlbeteiligung, die jemals in Indien erreicht wurde. Die Kosten der Wahl liegen bei etwa sechs Mil-

liarden Euro. Die Wahlkommission hat zur besseren Kontrolle der elektronischen Wahl die Anzahl der Wahlmaschinen mit dem sogenannten *Voter Verifiable Paper Audit Trail* erhöht, was den Wähler(inne)n erlaubte, ihre Stimmabgabe per Ausdruck direkt zu überprüfen. Dennoch gingen zahlreiche Beschwerden über manipulierte elektronische Wahlurnen ein, und seit Monaten streiten sich Fachleute in Indien über deren mögliche Manipulierbarkeit.

Vom Reformer zum nationalistischen Performer

Während Modi bei den Wahlen 2014 den Wandel repräsentieren konnte und sich insbesondere als Wirtschaftsreformer („Entwicklung für alle“) darstellte, wurde bei diesen Wahlen das Narrativ schrittweise abgelöst vom Bild des Führers, der die Hindu-Nation vor äußeren (insbesondere Pakistan) und inneren Feinden (insbesondere „den Muslimen“) schützt. Modi wurde immer mehr zum Macher und Garanten für Sicherheit, der auch vor kriegerischen Auseinandersetzungen nicht zurückschreckt. Die Terror-Anschläge in Pulwama am 14. Februar und die Vergeltungsschläge der indischen Armee am 24. Februar 2019 kamen Modi zu Hilfe und verliehen seiner BJP Aufwind. Eine auf Nationalismus geeichte Medienlandschaft leistete dabei kräftig Schützenhilfe. Die Diskursverschie-

bung insgesamt hatte schon früher begonnen. Namhafte Ökonomen, die in einem Memorandum öffentlichkeitswirksam auf das wirtschaftspolitische Versagen der Regierung hinwiesen, gingen im nationalistischen Getöse unter. Der *Congress* hatte ein gesichertes Grundeinkommen von 72.000 Rupien jährlich (rund 920 Euro) für die ärmsten zwanzig Prozent der Bevölkerung vorgeschlagen. In der öffentlichen Debatte endete dieser Versuch jedoch als Wahlkampfmanöver.

Das Kabinett als Spiegelbild

Die Ernennung von Modi-Intimus und Hardliner Amit Shah zum Innenminister könnte symbolhaft für die ideologische Verschiebung vom Paradigma der „Entwicklung für alle“ hin zur „nationalen Sicherheit“ stehen. Shah sitzt in den acht wichtigsten Regierungskomitees und ist das wohl mächtigste Regierungsglied hinter Premier Modi geworden. Nirmala Sitharaman wurde erste indische Finanzministerin. Pikant ist, dass von den insgesamt 58 Ministerinnen und Ministern 51 als (Rupien-) Millionäre gelten und 22 von ihnen gerichtliche Verfahren gegen sich laufen haben, unter anderem wegen versuchten Mordes.

Zum Autor

Thomas Stauber ist Soziologe und Journalist, lebt und arbeitet in Mumbai, twittert unter @stauber_thomas